

EINKOMMENSGERECHTIGKEIT

Equal Pay Day: Die Lohnlücke ist für Arbeiterinnen am größten

Vorarlberg ist Schlusslicht beim Schließen der Lohnschere. Gefordert werden die Aufwertung frauendominierter Branchen, Lohntransparenz und eine Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit

13. Februar 2025, 05:00

294 Postings

Später lesen



Den größeren Einkommenskuchen bekommen noch immer Männer.

Foto: Ute Grabowsky/photothek.ne

Am Donnerstag, dem 13. Februar, wird heuer der Equal Pay Day begangen. Dieser soll jenen Tag markieren, bis zu dem Frauen in Österreich statistisch betrachtet gratis arbeiten, wenn man ihr Jahreseinkommen mit dem der Männer vergleicht. Aktuell liegt der Gender-Pay-Gap nach der Berechnung des Netzwerks Business and Professional Women Austria, die auf Daten der Statistik Austria basiert, bei 12,2 Prozent. Dass der Equal Pay Day heuer nur einen Tag nach hinten gerückt ist, zeugt davon, dass die Entwicklungen bei der Einkommensgerechtigkeit an Fahrt verloren hätten, so die Initiative Equal Pay Day und das Netzwerk Business and Professional Women Austria in einer Aussendung.

In den vergangenen fünf Jahren verringerte sich der Gender-Pay-Gap um drei Prozentpunkte. Wien weist die niedrigsten Gehaltsunterschiede auf, Vorarlberg die höchsten. Für den ersten Equal Pay Day im Jahr (einen weiteren gibt es im Herbst) wird der Median der Jahresbruttoeinkommen von Vollzeitbeschäftigten herangezogen.

Wenig für Arbeiterinnen

Eurostat – das statistische Amt der EU – berechnet den Gender-Pay-Gap hingegen auf Basis von Bruttostundenlöhnen. Bei einem EU-Vergleich mit diesen Daten landet Österreich mit 18,4 Prozent auf dem zweitletzten Platz vor Estland (21,3). Insgesamt hat die EU eine Lohnlücke von 12,7 Prozent, die neuesten Daten stammen aus dem Jahr 2022.

Den größten Gender-Pay-Gap gibt es in Österreich für Arbeiterinnen mit 25 Prozent, bei Angestellten beträgt er 18,8 Prozent. Die kleinste Gehaltsdifferenz gibt es zwischen Beamtinnen und Beamten mit 5,8 Prozent.

Um den Gender-Pay-Gap zu schließen, fordert Business and Professional Women Austria unter anderem Einkommenstransparenz, eine steuerliche Begünstigung für Unternehmen, die nachweislich gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit zahlen, die Aufwertung von Niedriglohnbranchen und den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung.

Keine "Retro-Frauenpolitik"

Von zahlreichen Seiten wurden im Vorfeld des Equal Pay Day erneut Rufe nach Maßnahmen für mehr Lohngerechtigkeit laut. Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaftsbund (ÖGB) forderten in einer gemeinsamen Aussendung ein Ende der "Retro-Frauenpolitik", mehr Lohntransparenz, ein Familienarbeitszeitmodell und eine Milliarde mehr pro Jahr für Kinderbildung und -betreuung.

"Anstatt Frauen mit Pseudobelohnungen für Kinderbetreuung in alte Muster und Rollenbilder zu drängen, braucht es echte finanzielle Absicherung und einen entschlossenen Kampf gegen die Teilzeitfalle", erklärte auch Neos-Frauensprecherin Henrike Brandstötter und sprach sich für eine Finanzbildungsoffensive aus. Die SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner verwies auf die SPÖ-Konzepte zur gerechten Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und einen Rechtsanspruch auf ganztägige und kostenlose Kinderbildung ab dem ersten Lebensjahr. Die Frauensprecherin der Grünen, Meri Disoski, warf "Lobbygruppen in der ÖVP" vor, die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie blockiert zu haben. Auch die Grünen fordern mehr Lohntransparenz, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag und faire Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit.

Die Initiative Equal Pay forderte die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz. "Dass Frauen Jahr für Jahr finanziell benachteiligt werden, ist nicht hinnehmbar", erklärte Christa Kirchmair, Präsidentin der Initiative. Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, verlangte die "Neubewertung der Arbeit von Männern und Frauen". Die Aufwertung frauendominierter Branchen und die Beseitigung von Einkommensdiskriminierung seien wichtige Schritte, erklärte sie in einer Aussendung. (APA, red, 13.2.2025)

Die Lohnlücke in Österreich:

- Wien: 4,3 Prozent
- Niederösterreich: 11,7 Prozent
- Burgenland: 12,5 Prozent
- Kärnten: 12,8
- Salzburg: 14,8 Prozent
- Steiermark: 15,5 Prozent
- Tirol: 16,4 Prozent
- Oberösterreich: 17,2 Prozent
- Vorarlberg: 20 Prozent

Zum Thema:

Enorme Einkommenslücke in Beziehungen: Unterschied beträgt bis zu 53 Prozent [<https://www.derstandard.at/story/3000000257007/enorme-einkommensluecke-in-beziehungen-unterschied-betraegt-bis-zu-53-prozent>]

Gen Z würde für mehr Fairness auf Teil des Gehalts verzichten [<https://www.derstandard.at/story/3000000256822/gen-z-wuerde-fuer-mehr-fairness-auf-teil-des-gehalts-verzichten>]

Sandra Konstatzky: "Die Bezahlung ist ein riesiges Tabuthema" [<https://www.derstandard.at/story/3000000242821/sandra-konstatzky-die-bezahlung-ist-ein-riesen-tabuthema>]